

An Herrn Landrat Reuter

im Hause

über Kreistagsbüro



Göttingen, 15.08.2019

An den
Landkreis Göttingen
Herrn Landrat Bernhard Reuter
im Hause

Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 2.Oktober 2019

Sehr geehrter Herr Reuter,

hiermit möchten wir Sie bitten, die Tagesordnung der Sitzung des Kreisausschusses am 01.Oktober und des Kreistages Göttingen am 02.10.2019 um den Beratungspunkt

Resolution: Gedenken der Opfer von rechter Gewalt

zu ergänzen

Der Kreisausschuss möge empfehlen und der Kreistag Göttingen möge beschließen:

Der Kreistag Göttingen gedenkt der Opfer von rechter Gewalt. Hierbei denkt der Kreistag besonders an die Ermordung von Halit Yozgat, 2006 und von Walter Lübcke in diesem Jahr, beide Einwohner der benachbarten Region Kassel. Halit Yozgat wurde ermordet, weil er türkischstämmig war und Walter Lübcke, weil er sich deutlich für die Aufnahme von Geflüchteten ausgesprochen hat.

Es ist wichtig, dass Menschen sich für das demokratische Gemeinwesen einsetzen. Es darf deshalb nicht hingegenommen werden, dass engagierte Politiker bedroht und angegriffen werden.

Unsere Gesellschaft darf es nicht hinnehmen, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger bedroht werden, weil sie woanders geboren sind oder anders aussehen.

An beide Opfer der rechten Gewalt im nahe gelegenen Kassel soll erinnert werden.

Der Kreistag Göttingen bittet die Stadt Göttingen, den Platz vor dem Kreishaus Göttingen (Ecke Reinhäuser Landstraße/Bürgerstraße) in „Yozgat-Lübcke-Platz“ umzubenennen.

Begründung:

Am 06. April 2006 hat die rechtsextreme Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) den türkischstämmigen Halit Yozgat in Kassel ermordet. Er war das neunte und letzte Opfer des NSU und wurde nur 21 Jahre alt.

Am 02. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke ermordet. Der Rechtsextremist Stephan Ernst gilt als tatverdächtig. Sein Geständnis, Walter Lübcke ermordet zu haben, hat er zurückgezogen.

Beide Bürger der Region Kassel sind von Rechtsextremisten ermordet worden. Halit Yozgat, weil er türkischstämmig war und Walter Lübcke, weil er sich für die Aufnahme von geflüchteten Menschen und für eine offene, demokratische Gesellschaft ausgesprochen bzw. Pegida-Anhängern widersprochen hat.

Bis zum Jahr 1990 wurden die Opfer rechter Gewalt nicht einheitlich erfasst. Ab 1990 zählt die Bundesregierung 83 Todesopfer rechter Gewalt. Die Amadeu-Antonio-Stiftung geht von 195 Todesopfern rechter Gewalt aus. Die beiden Opfer in Kassel sind deshalb keine Einzelfälle.

Die Benennung von Straßen und Plätzen ist ein Beitrag zur Erinnerung und Ansporn für kommendes politisches Handeln.

Dr. Eckhard Fascher